

Progressive Wirtschaftspolitik trifft starke Nachhaltigkeit

Eine antifaschistische und zugleich ökologische Wirtschaftspolitik

In vielen Ländern erstarben rechtspopulistische Parteien. Eine prominente Antwort darauf liefert der Vorschlag einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik. In Verbindung mit einer konsequenten Umweltpolitik könnte hieraus eine zukunftsfähige wirtschaftspolitische Alternative werden.

Von Steffen Lange und Felix Schaffer

In Teilen der Wirtschaftswissenschaften wird zunehmend diskutiert, welche ökonomischen Gründe es für die erneute Wahl Donald Trumps und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in vielen europäischen Ländern gibt. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, mit welchen wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen einem demokratiegefährdenden Rechtsruck und Populismus entgegengetreten werden kann.

Der Vorschlag einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik

In diesem Kontext hat die Forderung der Ökonomin Isabella Weber nach einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik besonders hohe Wellen geschlagen. Weber argumentiert, dass das Erstarken rechtsextremer politischer Kräfte und speziell die Wiederwahl Trumps in den USA vor dem Hintergrund der multiplen ökonomischen Krisenerfahrungen der letzten Jahre zu betrachten ist. Insbesondere die Inflation und die aus ihr resultierende Krise der Lebenshaltungskosten seien ein zentrales Motiv für Wähler*innen mit geringem Einkommen gewesen, für Trump zu stimmen (Weber 2024a). Ähnliche Zusammenhänge sieht sie sowohl aktuell als auch historisch in vielen anderen Ländern (Weber 2025).

Demgegenüber sieht Weber in Mexiko und Spanien inspirierende Positivbeispiele. Hier sei es gelungen, mithilfe unorthodoxer wirtschaftspolitischer Maßnahmen insbesondere die Inflation einzudämmen und damit Menschen in ökonomischen Krisensituationen akut zu schützen. Sie sieht dies auch als einen zentralen Grund für ein erfolgreiches Verhindern rechtspopulistischer Parteien in diesen Ländern (Weber 2025).

Vor diesem Hintergrund fordert sie eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, um unsere Gesellschaften und Demokratien zu schützen. Der Staat sollte durch eine Politik des so-

zialen Ausgleichs die soziale Sicherheit stärken und gleichzeitig Veränderungsprozesse proaktiv gestalten. Die zugrunde liegende Hoffnung ist, hierdurch rechtsextremen Kräften einen Teil ihrer Wählerschaft zu entziehen (Weber 2024b).

Webers Lösungsstrategie fokussiert sich auf die Bekämpfung von Inflation für Haushalte mit niedrigen Einkommen und beinhaltet drei zentrale Aspekte. Erstens sollte auf einer allgemeinen Ebene das vorherrschende neoliberale Paradigma überwunden werden. Stattdessen bedarf es einer langfristigen Transformationspolitik, die auf den Ausbau von Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen setzt und so die Bedürfnisse der Menschen nicht als Nebenprodukt einer Transformation betrachtet, sondern als deren dominierende Zielfunktion ansieht. Zweitens fordert sie Instrumente eines „ökonomischen Katastrophenschutzes“, die es erlauben, akutes Krisenmanagement zu betreiben und gleichsam ökonomischen Krisen vorbeugend zu begegnen. Konkret sollen in Anlehnung an die strategischen Ölreserven der USA, auch in anderen essenziellen Wirtschaftsbereichen, staatliche Pufferbestände angelegt werden, die durch eine antizyklische An- und Verkaufspolitik Preisspitzen dämpfen können. Drittens plädiert sie für ein Set an Maßnahmen (Preisdeckel, Übergewinnsteuern etc.), um Preistreiberei zu verhindern, unter anderem durch ein Aufbrechen monopolistischer Unternehmensstrukturen in essenziellen Branchen (Weber 2024a; Weber 2024b).

Langfristige Transformationspolitik notwendig

Der Begriff „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ wird kritisiert, da bezweifelt wird, ob es sich bei den derzeitigen rechten Parteien und Strömungen um Faschismus handle. Webers Verwendung des Begriffs „antifaschistisch“ im Kontext von Trumps Wahlsieg und dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen ist aber durchaus gerechtfertigt. Im Gegensatz zum Faschismusbegriff erfordert Antifaschismus keine spezifische Theorie, sondern ist ein historisch wandelbarer Begriff der politischen Linken. Er ist mit Antikapitalismus, Antiimperialismus oder Kritik an autoritären Systemen verknüpft, ohne einer festen Wortsemantik zu folgen. Seine Bedeutung variierte je nach Zeit und Ort – vom Widerstand gegen das NS-Regime über die Erinnerungskultur in der BRD bis zum Gründungsmythos der DDR. In der aktuellen Debatte erscheint seine Verwendung somit durchaus angemessen.

Die breitere wirtschaftswissenschaftliche Debatte

Die antifaschistische Wirtschaftspolitik reiht sich in eine Debatte ein, die auch unter Ökonom*innen spätestens seit Trumps erstem Wahlsieg 2016 immer intensiver geführt wird. Sie beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen ökonomischen Marginalisierungserscheinungen und der Stärkung rechtspopulistischer Kräfte. Ein prominenter Beitrag dazu ist auch die im Mai 2024 veröffentlichte *Berlin Summit Declaration*, die von einer breiten und diversen Gruppe renommierter Ökonom*innen unterzeichnet wurde. Die Berlin Summit Declaration ist ein wirtschaftspolitischer Vorschlag, wie sich Menschen für eine als notwendig erachtete Transformationsagenda (wieder) gewinnen lassen können. Als zentral hierfür wird eine Überwindung der jahrzehntelangen Austeritätspolitik erachtet. Stattdessen wird eine Neuauslotung des Gleichgewichts zwischen Märkten und kollektivem Handeln gefordert. Dies soll verbunden werden mit einer Politik, die nationale und internationale Ungleichheiten gezielt abbaut und proaktiv eine grüne Industriepolitik fördert und lenkt (Forum New Economy 2024).

Die Vorschläge der antifaschistischen Wirtschaftspolitik und der Berlin Summit Declaration verfolgen einen ähnlichen Ansatz (Weber ist auch Mitunterzeichnerin). Ihr Vorschlag ist allerdings eher auf kurzfristige Maßnahmen mit starkem Fokus auf die Inflationsbekämpfung konzentriert, während die Berlin Summit Declaration eher eine langfristige Strategie ausbuchstabiert.

Die antifaschistische Wirtschaftspolitik und ähnliche Vorschläge haben das Potenzial, dazu beizutragen, rechtspopulistische Parteien zurückzudrängen. Sie sind darüber hinaus auch aus sozialen Gesichtspunkten wünschenswert. Daneben bedarf es aber natürlich noch vieler weiterer Aspekte, um dem Rechtspopulismus zu begegnen. Zugleich drängen andere wirtschaftspolitische Herausforderungen. Diese müssen parallel zur Bekämpfung rechtspopulistischer Entwicklungen in wirtschaftspolitische Konzepte inkludiert werden. Allen voran ist hier der Umwelt- und Klimaschutz zu nennen, der zeitlich drängt und gerade Gefahr läuft, vergessen zu werden.

Die diskutierten Vorschläge und eine starke Nachhaltigkeitsperspektive haben viele inhaltliche Überschneidungen und lassen sich daher gut vereinen. Drei Gemeinsamkeiten sind zentral. Erstens ist eine Politik, die die Lebenssituation von Menschen mit niedrigem Einkommen verbessert, nicht nur zur Eindämmung des Rechtspopulismus geboten, sondern auch Voraussetzung für die Akzeptanz politischer Maßnahmen und damit für das Gelingen einer ökologischen Transformation. Zweitens ist eine Umverteilung von oben nach unten nicht nur sozial gerecht, sondern würde auch zu mehr Gerechtigkeit in Bezug auf die Folgen des Klimawandels führen. Denn sozial schwächer gestellte Menschen sind vom Klimawandel besonders betroffen, und zugleich tragen sie verhältnismäßig wenig zum Klimawandel bei. Drittens können zielgerichtete Umverteilungsmaßnahmen den Luxus- und Prestigekonsum

„Welche wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen stehen einem demokratiegefährdenden Populismus entgegen?“

von Haushalten mit hohem Vermögen und Einkommen einhegen und somit Ressourcen und Treibhausgas einsparen. Diese Effekte können erhöhten Treibhausgasemissionen durch den vermehrten Konsum ärmerer Einkommensschichten entgegenwirken.

Antifaschistische Wirtschaftspolitik und starke Nachhaltigkeit treffen sich also vor allem beim Thema der Umverteilung. Aber auch bezogen auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Transformation spezifischer Sektoren gibt es viele Potenziale für gemeinsame Strategien. Folgend soll exemplarisch für die auch von Weber thematisierten Bereiche Wohnen und Ernährung aufgezeigt werden, wie antifaschistische Wirtschaftspolitik und starke Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden können.

Wohnen: Bedarfsorientierte Verteilung des Wohnraums statt massivem Neubau

Im öffentlichen Diskurs gilt der Neubau von Wohnungen als zentrales Mittel gegen Wohnungsknappheit, steigende Mieten und den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Doch aus ökologischer Sicht ist der massive Ausbau problematisch, da der Bausektor bereits heute erhebliche Umweltbelastungen verursacht.

Eine nachhaltige Strategie wäre, bestehende Wohnflächen bedarfsorientierter zu nutzen und erschwinglich zur Verfügung zu stellen. Eine Studie von Lage et al. (2024) zeigt ein Potenzial von 152 Millionen ungenutzten Zimmern im EU-Wohnungsbestand – das entspricht etwa 50 Millionen zusätzlichen Drei-Zimmer-Wohnungen. Um diese Ressourcen zu aktivieren, müssten multiple institutionelle Hürden abgebaut werden.

Vorschläge aus dem Konzept der antifaschistischen Wirtschaftspolitik zielen zusätzlich auf eine Deckelung der Mieten, in Form eines Mietpreisdeckels ab. Zusätzlich könnte durch folgende drei Aspekte der Wohnraum sowohl ökologischer als auch sozialer gestaltet werden: Erstens sollte Wohnraum im Bestand bedarfsgerecht verteilt und Leerstand reduziert werden. Regionale Strukturpolitik sowie Initiativen wie „Jung kauft Alt“ oder „Homesharing-Konzepte“ können hierbei unterstützend wirken. Zweitens sollte sich der Neubau auf gezielte Nachverdichtung sowie kleine, gut geschnittene und erschwingliche Wohnungen konzentrieren. Die Förderung gemeinnütziger Wohnungsinitiativen dürfte dabei auch ökolo-

„Durch eine Abkehr vom Neoliberalismus stünden die Mittel zur Verfügung, um Infrastrukturen langfristig auf eine klimaneutrale Basis zu stellen.“

gisch sinnvoll sein, da hier bereits heute ein niedrigerer Wohnflächenbedarf pro Person realisiert wird (Lage et al. 2024). Drittens kann die ökologische Modernisierung nicht nur durch Förderung, sondern auch durch Ordnungspolitik vorangetrieben werden und die Kosten hierfür verstärkt von Vermieter*innen und insbesondere großen profitorientierten Wohnungskonzernen getragen werden.

Ernährung: Regionale Kreislaufstrukturen statt globaler Abhängigkeit

Im Bereich Ernährung kann die von Weber vorgebrachte Übergewinnsteuer zur Vermeidung von Zufallsgewinnen und Mitnahmeeffekten in Kombination mit gedeckelten Preisen und einer Mehrwertsteuerbefreiung für Grundnahrungsmittel schnell helfen. Aus einer ökologischen Perspektive ist zusätzlich eine Stärkung von regionalen und ökologischen Betriebsstrukturen und ein Fokus auf eine Direktvermarktung zu diskutieren. Dies könnte prinzipiell auch sozial schwachen Haushalten helfen, indem kostentreibende Zwischenhändler*innen umgangen und Strukturen geschaffen werden, die sich von volatilen Marktpreisen unabhängig machen und so die regionale Resilienz stärken.

Auch soziale Innovationen wie das Modell der Solidarischen Landwirtschaft sind zu diskutieren. Dieses Konzept schaltet nicht nur den Marktmechanismus aus und ist lediglich auf Kostendeckung aus, sondern praktiziert auch eine Solidarität zwischen den Lebensmittelbezieher*innen durch ein gestaffeltes Beitragssystem. Während solche Konzepte bisher noch vorrangig im Milieu umweltbewusster Besserverdienenden verortet sind, bergen sie das Potenzial, gesunde und preiswerte Lebensmittel auch für Personen mit geringem Einkommen bereit zu stellen.

Fazit

Aus der Kombination der Konzepte antifaschistischer Wirtschaftspolitik, Berlin Summit Declaration und starker Nachhaltigkeitsperspektive entsteht folgende Gesamtperspektive: Durch eine Abkehr vom Neoliberalismus und verstärkte staatliche Investitionen stünden die Mittel zur Verfügung, um Infrastrukturen langfristig auf eine klimaneutrale Basis zu stellen. Etwaige reale Kaufkraftverluste von Personen mit niedrigem

Einkommen, die auf dem Weg dahin auftreten können, würden mehr als ausgeglichen. Zugleich würde der (Über-)Konsum höherer Einkommensschichten eingeschränkt – durch eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen und durch punktuelle Regeländerungen, die Kapitaleinkommen senken (beispielsweise durch Mietendeckel oder die Kostenübernahme von Modernisierungskosten durch (Groß-)Vermieter*innen).

Durch gezielte Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Wohnflächen, Lebensmitteln und anderem würden sowohl soziale Gerechtigkeit als auch Suffizienz und ökologische Nachhaltigkeit gefördert. Dies wäre eine wirtschaftspolitische Perspektive, die sowohl antifaschistische Prinzipien umfasst als auch ökologische Nachhaltigkeit fördert.

Literatur

- Forum New Economy (2024): New Paradigma. The Berlin Summit Declaration. <https://newforum.org/en/the-berlin-summit-declaration-winning-back-the-people>
- Lage, J./Cordroch, L./Thema, J./Vondung, F./Schöpf, D. (2024): Housing for millions without new buildings? An analysis of the theoretical housing potential of under-occupied dwellings in the European building stock. In: Environmental Research Letters 20/1: 014045. DOI: 10.1088/1748-9326/ad9c97
- Weber, I. (2024 a): Inflation in Deutschland: Gegen die AfD hilft nur eine andere Wirtschaftspolitik. In: Die Zeit, 23. 11. 2024.
- Weber, I. (2024 b): The Lesson of This Election: We Must Stop Inflation Before It Starts. In: New York Times, 12. 11. 2024.
- Weber, I. (2025): The Governments That Survived Inflation. A Policy Toolkit to Tame Prices – and Win Elections. Foreign Affairs.

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Steffen Lange ist Volkswirt und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen, an der er auch den Masterstudiengang „Plurale Ökonomik: Transformation und Nachhaltigkeit“ koordiniert.

Universität Siegen, Kohlblettstr. 17, 57072 Siegen.
Tel.: +49 271 740-5288, E-Mail: Lange@wiwi.uni-siegen.de

Felix Schaffer ist Wirtschaftswissenschaftler und Geograf sowie Student im Masterstudiengang „Plurale Ökonomik“.
E-Mail: Felix.Schaffer@student.uni-siegen.de

